D1 Rassismus stoppen - Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt

Gremium:	Grüne Jugend MV
Beschlussdatum:	09.10.2016

Die Meldungen von Rassistischen Übergriffen häufen sich Deutschlandweit. Auch hier in Mecklenburg-Vorpommern stieg die Zahl in den letzten Monaten dramatisch an. Nirgendswo gibt es mehr rechte Gewalt als in MV; auf eine Millionen Einwohner kommen 58,7 rechte Gewaltverbrechen.

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern solidarisieren wir uns mit den Betroffenen rechter Gewalt. Als humanistische Partei treten wir entschlossen gegen jegliche Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ein.

Wir fordern die Landesregierung auf bestehende Präventionsprojekte, sowie auch die unabhängige Opferberatung für Betroffene rechter Gewalt, verstärkt zu unterstützen. Desweiteren fordern wir alle demokratischen Parteien auf, sich an der Hetze gegenüber Geflüchteten nicht zu beteiligen und das Klima von Hass und Gewalt so nicht noch weiter zu bestärken.

Begründung

Ergibt sich aus dem Antrag und erfolgt auch nochmal mündlich.

Begründung der Dringlichkeit

Begründung der Dringlichkeit: In den letzten Tagen und Wochen kam es häufig zu Meldungen über rassistische Gewaltverbrechen (z.B der Brandanschlag in Neubrandenburg oder die Ereignisse auf dem Schweriner Marienplatz). Als GRÜNE JUGEND Mecklenburg-Vorpommern fänden wir es von daher wichtig, wenn die LDK dies bezüglich ein deutliches Zeichen setzt.

D2 Landesarbeitsgemeinschaften stärken - Wahrnehmbarkeit erhöhen

Antragsteller*in: Ulrike Berger

Die LAG-Sprecher_innen werden ermächtigt Pressemitteilungen über die Landesgeschäftsstelle herauszugeben,sofern deren Inhalte auf bereits gefassten Beschlüssen beruhen und dem GRÜNEN Grundkonsens nicht widersprechen.

Begründung

Nach dem verpassten Wiedereinzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ist es notwendiger denn je, dass wir als Partei mit unseren Positionen wahrnehmbar sind. Die Landesarbeitsgemeinschaften sind unser Wissenspool. Dieses Potenzial sollten wir nutzen und den LAG-Sprecher_innen ermöglichen, direkt und zeitnah auf politische Entwicklungen zu reagieren. So können wir gewährleisten, das auch zukünftig GRÜNE Anliegen eine Stimme bekommen.

Begründung der Dringlichkeit

Nach dem unerwarteten Wahlausgang gab es viele Dinge neu zu regeln und zu überdenken. Der Antragsschluss lag jedoch zu dicht am Wahltermin als dass die daraus resultierenden Erkenntnisse rechtzeitig in Anträge hätten verpackt werden können.

Unterstützer*innen

Christine Borgwald (KV Landkreis Rostock); Gerd Hernacz (KV Mecklenburgische Seenplatte); Torsten Wierschin (KV Vorpommern-Greifswald); Christoph Oberst (KV Vorpommern-Greifswald); Christopher Dietrich (KV Rostock); Timo Pfarr (KV Vorpommern-Greifswald)